



21.05.2011

GESCHICHTE: Schulen noch mit Defiziten

Gutachten: In Brandenburg gibt es an Schulen großes Interesse an DDR-Geschichte – nur noch nicht überall

POTSDAM - Als „Zeugin“ wurde U. T. aufgerufen. Dabei sollte die Lehrerin aus Fürstenwalde (Oder-Spree) nur über ihre praktischen Erfahrungen im DDR-Geschichtsunterricht berichten. Ganz geheimer war das der Vorsitzenden der Enquetekommission auch nicht, weshalb sie auf die Gepflogenheiten solcher Gremien hinwies, die Eingeladene eben so nennt.

Ganz falsch war das nicht, denn die Lehrerin für politische Bildung am Geschwister-Scholl-Gymnasium bezeugte den Abgeordneten und Wissenschaftlerin der Kommission, wie schwierig es ist, Schülern heute etwas über die DDR-Geschichte beibringen zu wollen.

Zunächst hätten an Schulen stets Naturwissenschaften den Vorrang. Es sei nicht leicht, in politischer Bildung Museumsbesuche zu planen, wenn dadurch naturwissenschaftlicher Unterricht ausfällt. Hinzu komme der hohe Altersdurchschnitt der Lehrer. „Manche haben Biografien, die mit der DDR zu tun haben“, sagte T. Diese würden ein Glaubwürdigkeitsproblem beklagen. „Bei uns kennt jeder jeden.“ Wenn jetzt dieser Lehrer etwas über die DDR und die friedliche Revolution sage, würden schnell Eltern oder Großeltern von Schülern entgegnen: „Ja, ausgerechnet der, der hat es nötig.“ Auf diese Weise seien die Lehrer in einer Rechtfertigungssituation, mieden die Themen lieber oder hielten sich nur an gesicherte Fakten.

Die „entscheidende Rolle“ der Lehrkräfte bei der Vermittlung von Inhalten über DDR-Geschichte betonte auch Prof. I. J. von der Universität Potsdam in seinem Gutachten. Das war gestern Grundlage der Debatte in der Enquetekommission, die sich seit einem Jahr mit der Aufarbeitung von SED-Diktatur und Nachwendezeit befasst. Wie solche Inhalte vermittelt würden, hänge entscheidend von der betreffenden Lehrperson ab. Er empfahl verpflichtende Fortbildungsveranstaltungen. Noch im Vergleich zum Jahr 1995 würden heute Veranstaltungen mit solchen Lehrern in einer sehr versachlichten Atmosphäre ablaufen. Kurz nach der Wende hätten bei Lehrern mehr die eigenen Lebensgeschichten „durchgeschlagen“. Der Gutachter kritisierte, dass auch Pädagogen politische Bildung unterrichten würden, die dafür nicht ausgebildet wurden, wie Sportlehrer. Dies komme häufiger auf dem Lande vor. Dieses strukturelle Problem gebe es seit den 90er Jahren.

Der Chef des Landesverbands der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, D. S., sagte als Sachverständiger, dass es viele ausgebildete Politik-Lehrer nach 1990 wegen geringer Einstellungsperspektiven Brandenburg verlassen haben. Unterricht in Politischer Bildung und Geschichte sei dann ausgefallen. Es könne passieren, räumte Prof. J. ein, dass Schüler in Brandenburg, die die Schule in der 9. oder 10. Klasse abbrechen, über DDR-Geschichte gar nichts erfahren haben. „Das ist durchaus möglich“, sagte er auf eine Frage von Abgeordneten. Er warb dafür, schon in der Grundschule mit Unterricht über die DDR, die Wende und die Einheit zu beginnen.

An den Rahmenlehrplänen für politische Bildung und Geschichte hatte der Gutachter wenig auszusetzen. Kritisiert wurde die reduzierte Zahl von Pflichtbesuchen in Gedenkstätten oder anderen Erinnerungsorten in der Sekundarschule I von drei auf zwei.

Die weitere Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte sieht Gutachter J. auf gutem Wege. Ein Indiz für ihn ist die Erkenntnis, dass bei den Schülern in Brandenburg die vormalige Trennung in „Ossi“ und „Wessi“ weitgehend aufgehoben sei. Die „innere Einheit“ sei also weit fortgeschritten. Das betreffen auch die jetzige Generation der Pädagogik-Studenten. (Von Igor Göldner)



Ihre Meinung ist gefragt!

In diesem Forum gibt es 0 Einträge